

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/33

15. Februar 1973

Brandt reicht Prag die Hand

Diplomatische Beziehungen mit der CSSR sind
überfällig

Seite 1 / 49 Zeilen

Verschauaufpause in der Währungs politik

Aktiv- und Passivseiten der Krisenlösung

Von Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Jungshans MdB
Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Bundes-
tages

Seite 2 und 3 / 84 Zeilen

Das Personalvertretungsgesetz

Bewährungsprobe für die Führungsrolle des Bundes

Von Helmuth Becker MdB
Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Seite 4 und 5 / 72 Zeilen

Vor dem Wahlerfolg steht die Leistung

Antwort auf agrarpolitische Klagen der Oppo-
sition

Von Dr. Anke Riedel-Martiny MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernäh-
rung, Landwirtschaft und Forsten

Seite 6 und 7 / 67 Zeilen

Brandt reicht Prag die Hand

Diplomatische Beziehungen mit der CSSR sind überfällig

Der Bundeskanzler hat seine Erklärung zur Einleitung des Ratifizierungsvorganges des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur erneuten Bekundung seiner Bereitschaft und seines Willens genutzt, endlich auch mit dem Nachbarstaat Tschecho-Slowakische Sozialistische Republik (CSSR) zu vertraglichen Vereinbarungen zu kommen. Sie sollen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen ermöglichen und damit die tragfähige Basis für die Versachlichung und Verbesserung des Verhältnisses zwischen Bonn und Prag mit dem Ziel der Entspannung, der Kooperation und der guten Nachbarschaft geben.

Die Geschichte der Versuche, diese friedensfördernde Regelung zu etablieren, umfaßt heute schon viele Seiten. Mehrfache Anläufe zu konkreten Verhandlungen sind trotz oft schon erfolversprechender Entwicklungen schließlich doch nicht bis zum Ziel vorgeedrungen. Seit Monaten ist ein gewisser Stillstand eingetreten, der auch durch öftere Erklärungen aus Bonn und aus Prag nicht aufgebrochen worden ist. Nun hat der Bundeskanzler ein neues Startsignal gegeben, und es scheint an der Zeit zu sein, daß sich beide Seiten jetzt entschließen, nach dem Kompromiß und der Formel zu suchen, die das große Hindernis "Münchener Abkommen" zur beiderseitigen Zufriedenheit beseitigt.

Die Formel, die Prag noch bis vor kurzem vorgelegt hat, nämlich die Ungültigkeit des Münchener Abkommens "von Anfang an", ist von der deutschen Seite als nicht annehmbar abgelehnt worden. Die Gründe für diese Haltung sind völkerrechtlich gerechtfertigt. Die letzter Prager Auswegs-Variante, die der CSSR-Außenminister Bohuslav Chápupek über das Mittelmedium eines tschechoslowakisch-syrischen Kommuniqués vor zwei Tagen auch in der Bundesrepublik allgemein bekanntgegeben hat, sollte vom Hradschin sehr bald verdeutlicht und unmißverständlich entziffert werden. Der neue Begriff der "völligen Nullität" des Münchener Abkommens steht noch zu unsicher im Raum, auch wenn ganz nachdrücklich festzuhalten ist, daß der Drei-Worte-Zusatz "von Anfang an" weggefallen ist. Die bundesdeutsche Formel, von Willy Brandt mehrfach verkündet, besagt, daß Bonn das Münchener Abkommen als "ungültig und von Anfang an ungerecht" feststellen will. Damit werden die politischen und moralischen Konsequenzen aus Hitlers Aggressionspolitik und ihren Folgen gezogen, ohne die notwendige Schutzachtsamkeit auf die Konsequenzen aufzugeben und zu unterlassen, die sich für die betroffenen Sudetendeutschen ergeben könnten.

Willy Brandt hat vor dem Bundestag sehr eindringlich den guten Willen beschworen, den beide Seiten, Bonn und Prag, nunmehr einsetzen sollten, um der Serie von Worten jetzt die Taten folgen zu lassen. Die Handreichung über den Bayerischen und Böhmerwald hinweg sollte zum festen Händedruck führen und werden. Die Menschen in der Bundesrepublik und in der CSSR hoffen darauf. Die Politiker und die Regierungen sollten sie nicht länger warten lassen.

(ce/15.2.1973/bcy/ce)

Verschauaufpause in der Währungspolitik

Aktiv- und Passivseiten der Krisenlösung

Von Dipl. Ing. Hans-Jürgen Junghans MdB

Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Bundestages

Wer als Wirtschaftspolitiker im Bundestag eine internationale Währungskrise und deren Handhabung nicht zum ersten Male erlebt, wer der Stimmungslage in unserer Wirtschaft unmittelbar ausgesetzt war und die Ratlosigkeit in der Bevölkerung registrieren mußte, der wird allen am Krisenmanagement Beteiligten Lob zollen müssen. Während renommierte Wirtschaftsredaktionen den Bundesfinanzminister im Taumel der Ohnmacht wählten und zwingend ihre Rezepte offerierten, und während die Opposition zwar keine Rezepte hatte, aber verbale Kraftakte zelebrierte: da leistete Helmut Schmidt die Knochenarbeit fast pausenloser Konferenzen und Konsultationen. Auch der Bundeskanzler stand mit den westlichen Staatschefs, vorab dem amerikanischen Präsidenten, in mehrfacher Verbindung. Neu an dieser Art Krisenstrategie war: Ein Hauch schottendichter Diskretion in einem Bonn, in dem man es gewohnt war, daß auch diskreteste Verhandlungen auf den offenen Markt getragen wurden.

Das Ergebnis der Währungsverhandlungen verführt wahrlich nicht zur Selbstgefälligkeit oder gar zur Euphorie, begründet aber Selbstbewußtsein und Erleichterung. Wir sollten uns nicht zurückhalten, dem Bundesfinanzminister Helmut Schmidt zu seiner währungspolitischen Bewährungsprobe zu gratulieren. Es schien mir ein bißchen dürftig, gelassen zur Tagesordnung überzugehen und lediglich noch die Frage hinzuwerfen: Wie steht es mit den Spekulationsgewinnen?

CDU und CSU in ihrer gegenwärtigen Verwirrung hatten es wieder einmal schwer, nach Abschluß der multilateralen Verhandlungen die Kurve zu kriegen. Sie hatten eine schnelle Regelung nicht erwartet und schon gar nicht diesen Ausgang. Da aber auch sie den Drang verspürten, jemand für dieses in ihren Augen vom Himmel gefallene Resultat zu danken, richteten sie diesen Dank an die Adresse des amerikanischen Präsidenten und allenfalls noch an die japanische Regierung. Von vereinzelt Ausnahmen abgesehen scheinen diese beiden Parteien gegenwärtig einer differenzierten Betrachtungsweise kaum fähig zu sein.

Ein Grund mehr für uns, auf dem Boden der Tatsachen zu bleiben. Machen wir uns sogar vorrangig klar, was nicht erreicht worden ist: Die Reform der Weltwährungsordnung steht weiterhin aus, und die Schwierigkeiten in Richtung auf eine Annäherung an mehr Preisstabilität in unserem Lande haben sich kaum verringert.

Aber: Auf der Aktivseite unseres politischen Hauptbuches steht, daß seit langem wieder einmal im Verhältnis zu unseren Partnern in der Europäischen Gemeinschaft unvergingenommen die währungs- und handelspolitischen Probleme analysiert worden sind, und daß am

Ende ein Akt europäisch-atlantischer Solidarität stand. Über unterschiedliche Ausgangs- und Interessenlagen vermochte man sich dieses Mal hinwegzusetzen. Die Bundesrepublik saß nicht mehr zwischen den Stühlen der USA und Frankreichs. Diesmal wurden nicht Optionen für den einen und gegen den anderen ausgetauscht. Es gab eine Art konzertierter Aktion der größten Welthandelsstaaten, auch wenn scheinbar nur zwei die Rechnung querschrieben. Diese Gemeinsamkeit, dieser Verzicht auf merkantilistisches Säbelrasseln ergibt vielleicht ein Fundament für die späteren Verhandlungen, bei denen es darum gehen muß, das Verhältnis der internationalen Währungen zueinander und zum Golde insgesamt auszurufen. Ohne ein gewisses Maß an Wohlverhalten aller in der Handelspolitik wird es dabei nicht abgehen. Keine Hochwetterlage also, aber eine Verbesserung des Klimas.

Vor dem Hintergrund dieser politischen Konsequenzen werden viele auf den Außenhandel angewiesenen Branchen und Unternehmen aufatmen, daß der Schatten einer weiteren Aufwertung der DM vorübergegangen ist. Gegenüber einer Mark-Aufwertung hatte die Abwertung des Dollars den Vorteil, daß sie die Wettbewerbssituation auf den außer-amerikanischen Märkten nahezu unverändert ließ und daß dirigistische Maßnahmen in den USA in Form von Importbeschränkungen abgewendet worden sind.

Grob gerechnet beträgt der Anteil des deutsch-amerikanischen Handels am gesamten Außenhandelsvolumen der Bundesrepublik etwa 10 vH. Darauf bezogen und aufs Ganze gesehen sind die direkt durch die Änderung der Austauschrelation der DM zum Dollar betroffenen Außenhandelspositionen nicht so gravierend. Dabei soll jedoch nicht übersehen werden, daß für einzelne Branchen und Unternehmen diese Pauschalrechnung je nach dem Anteil der Export- und Importbeziehungen mit den USA stärker ausschlägt. Zu allgemeinen Wehklagen sollte das allerdings nicht verleiten. Der Volkswagen gilt in den USA als Kleinwagen und steht dort auch in Konkurrenz zu den japanischen Automobilen. Der seinerseits höher bewertete Yen dürfte dem Volkswagen gegenüber dem japanischen Automobilangebot einen kooperativen Konkurrenzvorteil erbringen. Trotzdem sollten die besonderen Schwierigkeiten des VW-Werks in den USA nicht übersehen werden.

Die terms of trade gegenüber japanischen Erzeugnissen werden auf allen Märkten eine leichte Verbesserung erfahren. Das wird besonders auch die Werftindustrie in unserem Lande positiv in ihr Kalkül einbeziehen können. Den Feiz zu waschen, ohne ihn nass zu machen, ist nicht möglich, aber in keinem Industriezweig werden Arbeitsplätze unmittelbar bedroht.

Fast unbeachtet geblieben ist die gleichzeitig mit der Dollar-Abwertung vollzogene Aufwertung des Rubel. Strategie und Ziele dieser Änderung der Austauschrelation ausschließlich gegenüber dem Dollar werden noch zu analysieren sein. Eines dürfte man aber heute schon sagen können: Die Sowjetunion mißt ihren Importen gegenwärtig höhere Bedeutung bei als ihren Exporten. Für die auf den Osthandel ausgerichteten Unternehmen in der Bundesrepublik eröffnen sich weitere Chancen. Die Wirtschaftsgespräche in Moskau haben dies ebenfalls deutlich gemacht.

(-/15.2.1973/ks/ex)

Das neue Personalvertretungsgesetz

Bewährungsprobe für die Führungsrolle des Bundes

Von Helmuth Becker MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Die Koalitionsfraktionen der SPD und FDP haben beschlossen, den Entwurf der Bundesregierung für ein neues Bundespersonalvertretungsgesetz aus der VI. Legislaturperiode unverändert einzubringen. Es kann jetzt unverzüglich mit den Beratungen begonnen werden. Andere Deutungen sind nach dem bisherigen Verfahrensgang unzutreffend. Der vorliegende Entwurf bringt bereits, angelehnt an das neue Betriebsverfassungsgesetz, eine Reihe von Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Recht. Die Stellung der Gewerkschaften, die Bestimmungen über die Jugendvertretung und die Ausweitung von Mitwirkung und Mitbestimmung sind hier die Schwerpunkte.

Ein kurzer Rückblick soll die bisherigen Entwicklungen auf dem Gebiet der Personalvertretung deutlich machen.

Am 5. August 1955 wurde das z.Zt. gültige Bundespersonalvertretungsgesetz (PersVG) vom Bundestag verabschiedet. Es hat bis heute keine wesentlichen Veränderungen erfahren. Wenn man von der Änderung der Wahlperiode von zwei auf drei Jahre absieht, sind die Bestimmungen des PersVG seit 1955 gültig. Im Juni 1971 wurde die Amtszeit der Personalräte vom 31. März 1972 um ein Jahr und einen Monat bis zum 30. April 1973 verlängert, weil der Entwurf der Bundesregierung für ein neues Personalvertretungsgesetz vorgelegt und im Jahre 1972 abschließend beraten werden sollte. Durch die vorzeitige Auflösung des VI. Bundestages kam es nicht mehr zur Beratung. Im Augenblick finden in der gesamten Bundesrepublik die Wahlausinandersetzungen zur Neuwahl der Personalräte im April statt.

Die seinerzeit rund 13jährigen Erfahrungen mit dem Personalvertretungsgesetz aus dem Jahre 1955 - das damals übrigens wegen seines wenig fortschrittlichen Charakters von der gesamten SPD-Fraktion in der Schlußabstimmung abgelehnt wurde - und die gesellschaftspolitische Entwicklung veranlaßten die SPD-Fraktion der V. Wahlperiode am 12. Dezember 1968 den Entwurf für ein neues Personalvertretungsgesetz vorzulegen. Die CDU als Partner

in der Großen Koalition hatte die parlamentarische Beratung verhindert. Der neue Gesetzentwurf der Bundesregierung wurde dem Bundesrat zugeleitet und dort am 7. Juli 1972 durch die CDU/CSU-Mehrheit mit einer insgesamt für die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst sehr negativen Stellungnahme versehen.

Inzwischen sind jedoch die Personalvertretungsgesetze mehrerer Länder in der Bundesrepublik weiter entwickelt bzw. reformiert worden. Auch die Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 setzte einige neue Fakten in Bezug auf die Gastarbeiter und die Frage der Mitbestimmung. So werden sich insgesamt gesehen nach meiner Meinung bei den nun folgenden Beratungen für die SPD-Fraktion folgende Schwerpunkte unter besonderer Berücksichtigung der Stellungnahmen der Gewerkschaften und des Bundesrates, der Entwicklungen in den Ländern, der Aussagen in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Willy Brandt und der Gesetzesvorlage der SPD-Fraktion aus dem Jahre 1968 sowie den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes ergeben:

1/ der Ausbau der Mitarbeit der Gewerkschaften; 2/ die volle Integration der Gastarbeiter; 3/ eine entschiedene Ausdehnung der Mitbestimmung; 4/ das eindeutige Initiativrecht der Personalvertretung; 5/ eine starke Beschränkung oder Aufhebung von Ausnahmeregelungen für die Bundeswehr, den Bundesgrenzschutz, die Polizei, die Auslandsdienststellen, die vom Gesetz betroffenen Medien bzw. Tendenzbetriebe und sonstige unter die Bestimmungen dieses Gesetzes fallende Gruppen; 6/ die Stärkung der Jugendvertretung und der Stellung des Vertrauensmanns der Schwerbeschädigten; 7/ die Überprüfung des Gruppenprinzips; 8/ der Abbau übertriebenen Minderheitenschutzes; 9/ die Zuständigkeit der Gerichte; 10/ der Schutz der Wahlvorstände und der Personalratsmitglieder; 11/ gesicherte Informations- und Arbeitsmöglichkeiten für Beschäftigte und Mitglieder des Personalrats im Rahmen der Personalverfassung; und 12/ die Verhinderung von Rückschritten durch die Rahmengesetzgebung im Bereich der Bundesländer.

Zur Erörterung aufgetretener Fragen und bisher bekannter Standpunkte soll möglichst im Monat März ein öffentliches Hearing stattfinden. Die Bemühungen des Bundes um die Vereinheitlichung des öffentlichen Dienstrechts müssen jetzt auf dem Teilsektor "Personalvertretungsgesetz" eine Bewährungsprobe bestehen und die Führungsrolle des Bundes deutlich machen.

(-/15.2.1973/ks/ex)

+ + +

Vor dem Wahlerfolg steht die Leistung

Antwort auf agrarpolitische Klagen der Opposition

Von Dr. Anke Riedel-Martiny MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Im Selbstverständnis der Unions-Parteien gibt es Leitsätze, die nach der letzten Bundestagswahl unbrauchbar geworden sind. Zum Beispiel: ein guter Katholik wählt konservativ, oder: Landwirte wählen niemals SPD. Offenkundig sind die Zeiten vorbei, in denen die Unions-Parteien bei bestimmten Bevölkerungsgruppen auf blindes Vertrauen zählen konnten. Eben darin besteht der "Gesinnungswandel" der Landwirte, den der CDU-Abg. Schmitz im Pressedienst seiner Partei festgestellt zu haben glaubt: Die Bauern fragen heute mehr nach Argumenten und Leistungen als nach sattsam bekannten Phrasen.

Nach den Wahlergebnissen, die gerade in ländlichen Gebieten bedeutende Stimmengewinne für die Regierungsparteien gebracht haben, liegt es nun in der Tat an der Union, "zu beweisen, daß sie auf die Dauer die einzige und die bessere Alternative für die Bevölkerung des ländlichen Raumes und der Landwirtschaft gegenüber SPD und FDP ist", wie MdB Schmitz schrieb. Er hat ja völlig recht, wenn er weiter bemerkt: "Mit politischen Tagesfragen allein wird die CDU die nächsten Wahlen kaum gewinnen können. Den Bauern und der Bevölkerung des ländlichen Raumes müssen die Augen für das grundsätzliche gesellschaftliche Gesamtbild geöffnet werden und nicht nur für Agrarpreise und Zuschüsse etc." Allerdings sollte man hier fragen dürfen, ob es nicht vielleicht doch die Union war, die mit ihrer an Erzeugerpreisen und Subventionen klebenden Agrarpolitik und der Devise "Nur-nicht-weiter-denken-als-bis-morgen" zwanzig Jahre lang Bauernfängerei betrieben hat.

Während der Großen Koalition ist vom sozialdemokratischen Wirtschaftsminister erstmals ein Plan für regionale Strukturpolitik entwickelt worden. Seither haben wir ein Konzept für sinnvolle

Strukturpolitik und Sozialpolitik im ländlichen Raum. Wie hat die Union seinerzeit Sicco Mansholt verkotzt! Sie übertraf selbst den Bauernverband in der Beharrlichkeit, mit der sie überholte Strukturen verteidigte.

Die vergangene Legislaturperiode brachte die Krankenversicherung für Landwirte, die Öffnung der Rentenversicherung für Landwirte, damit neue Möglichkeiten der Alters- und Sozialversicherung, das einzelbetriebliche Förderungsprogramm sowie erstmals im Rahmen der EWG eine Erhöhung der Erzeugerpreise auch für die deutsche Landwirtschaft.

Die sozialliberale Regierung ließ sich und läßt sich weiter leiten von der Auffassung, daß für die in der Landwirtschaft tätigen Menschen ähnliche Verdienstmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen geschaffen werden müssen wie für die in der Industrie und im Handel Beschäftigten. Das gilt auch für die Regelung der Arbeitszeiten, des Urlaubs, des Bildungsangebots und anderer infrastruktureller Aspekte. Die gerade begonnene Legislaturperiode wird die Dynamisierung der Alters- und Landabgaberrente bringen, sicher auch die Zusatzversorgung für landwirtschaftliche Arbeitnehmer, die meist besonders schlecht verdient haben, schließlich einen weiteren Ausbau des einzelbetrieblichen Förderungsprogramms sowie ein Wald- und Naturschutzgesetz.

Hieraus kann jeder ersehen, daß konkret nachprüfbare Leistungen und Absichten das Wahlergebnis vom 19. November 1972 beeinflussen haben und nicht, wie der CDU-Pressedienst meint, "intensive Seelenmassage von seiten der SPD und der Gewerkschaften". Das ist ebenso überholter Wahlkampfjargon wie die pauschale Verdammung des "demokratischen Sozialismus", den die Opposition genau studieren sollte, um womöglich ein besseres Konzept für die Landwirtschaft finden zu können. Der gerade vorgelegte Agrarbericht 1973 der Bundesregierung kann als Wegweiser für die Union dienen. Die Koalitionsparteien sträuben sich nämlich durchaus nicht dagegen, von der Opposition auf gute oder gar bessere Gedanken gebracht zu werden. Es geht schließlich um das Wohl der ländlichen Bevölkerung. Ganz sicher werden erfolgreiche Bemühungen um diesen Bevölkerungsteil nicht ohne Auswirkungen auf künftige Wahlergebnisse bleiben.

Die Union sollte aber wissen: Erst kommt die politische Arbeit und das Gesamtkonzept einer vernünftigen Agrarpolitik, dann der Wahlerfolg. Umgekehrt wird niemals ein Schuh daraus.

(-/15.2.1973/ks/ex)